



Dresdner Nachrichten

Meyer's Anzüge, Havelocks, Mäntel,
Juppen, Jackets, Bekleider.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

42. Jahrgang.

Dresden, 1897

H. Niedenführ's
Radfahr-Halle
9 Struvestrasse 9.
Alleiniger Vertreter von Seidel & Naumann's
Fahrrädern.

Lager-Tapeten

weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus F. Schade & Co., Victoriastr. 2

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 Altmarkt 6
Hofflieferant
Stroh- und Filzhutfabrik
Gegründet 1843
bietet stets nur das Neuste und Beste zu billigsten Preisen.

Artikel zur Krankenpflege:

Mr. 98. Spiegel: Amerikanisches Tarifgesetz. Hofnachrichten, Kreuzfahrerzeitung, Koch- und Haushaltungsschule, Mathematische Witterung: Trocken, thöl.

Carl Wendschuch, Königlicher Hofl., Struvestr. 11.

Donnerstag, 8. April.

Politisch.

Die Hoffnung, daß der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zunächst nichts überbringen, sondern ein gewisses Beherrschungsvermögen entwenden würde, scheint sich nicht verwirklichen zu sollen. Das Repräsentantenhaus ist der Boden, der führt und Herrn Mac Kinley vorwärts treibt, er mag wollen oder nicht. So ist denn glücklich im Handumdrehen ein neues Tarifgesetz fabrikt worden, das nicht bloss in materieller Beziehung, selbst vom Standpunkte einer amerikanischen Schutzzollpolitik betrachtet, als ein Kindergeschenk, sondern schon in den formalen einer Art von Gelehrsamkeit darstellt, die allen europäischen Begriffen, die ja freilich nach amerikanischer Auffassung „vertottet“ sind, einfach übertragen spricht. Das Repräsentantenhaus hat nämlich beschlossen, daß die Bill schon vor ihrem Inkrafttreten vom 1. April d. J. ob rückwirken soll. Wenn diese Klausur auch vom Senat im beschleunigten Verfahren angenommen werden sollte, so wiederum die vom 1. April ob aus Europa nach Amerika zuführenden Güter nach einem Tarif verzollt werden, der zunächst als einseitiges Erzeugnis des amerikanischen Repräsentantenhauses noch gar keine Zeughaftigkeit hat, sondern über den eventuell noch bis in den August hinein parlamentarische Verhandlungen geöffnet werden! Das ist ein Verschönen von so drüsiger Art, wie nur der Panzer-Hochmuth es im friedlichen Verkehr der Nationen zur Anwendung zu bringen vermag. Hoffentlich zeigt der Senat etwas mehr Verständnis für die internationale Reputation des Amerikanertums, indem er durch die schützende Klausur einen Strich macht.

Der materielle Inhalt des neuen Tarifgesetzes, dessen Obium das Mitglied des Repräsentantenhauses Mr. Dingley auf sich nehmen will, indem er dem Land seinen Namen giebt, bedeutet eine Rückkehr zu den hochschulösterlichen Sätzen des alten Mac Kinley-Tarif. Mac Kinley hatte seinen eigenen Tarif gegen Ende des Jahres 1890 aufgestellt und zwar ebenso wie jetzt mit Hilfe eines hochschulösterlich gefestigten Repräsentantenhauses. Nachher aber, als die Wähler sich den angerichteten Schaden bei Lichte bejahten, jog eine unheilige Gegenströmung durch das Land, aus der ein reformfreudliches Repräsentantenhaus bei den nächsten Wahlen hervorwuchs. Eine radikale Reform scherte allerdings an dem Widerstande des kaum hochschulösterlich veranlagten Senats. Dennoch war der Deut, der vom Repräsentantenhaus gefügt wurde, stark genug, um wenigstens den Kompromißtarif des Deputierten Wilson zu Stande zu bringen, dessen erneidete Schrift um Schrift dem Senat abgetragen werden mußten. Heute ist die Lage gerade umgedreht. Das Querstück des Repräsentantenhauses zeigt schulösterlichen Hochdeut an, während der Senat, soweit sich die Verhältnisse bis heute übersehen lassen, als mäßigendes Element wirkt. Die vom Repräsentantenhaus erhöhten Sätze betreffen im wesentlichen folgende Gegenstände: Chemikalien, Töpfereien und Glaswaren, Metallwaren, Holz, Butter, Tabak, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Getreide, Baumwollwaren, Zuck, Leinen und Hanf, Wolle, Wollwaren, Seide, Papier und Papierwaren. Die Befürworter des Dingleytarifs versuchen zugleich einen isolistischen und einen hochschulösterlichen Zweck. In ersterer Beziehung hat der Urheber des Gesetzes ein Mehr von 112 Mill. Dollars pro Jahr für den amerikanischen Staatschatz herausgerechnet. Neben den zweiten Punkt brauchen wir uns insofern nicht den Kopf zu zerbrechen, als die Übertreibung des Hochschulösterlichen die amerikanischen Interessen schadet. Es genügt festzustellen, daß ein großer Theil des Press und der Bevölkerung der Republik sehr energisch die Meinung vertreibt, der neue Tarif erscheine aus dem Gesichtspunkt einer vernünftigen amerikanischen Wirtschaftspolitik als ein kolossaler Fehler und stelle lediglich eine politische Abstecherzählung an die Truths und lontige Deute dar, die zum republikanischen Wahlkunds begeisterst hätten.

Für den deutschen Handel ist die abermals durch das amerikanische Wirtschaftsgesetz in's Leben gerufene Störung ein empfindlicher Schlag. Der deutsche Import nach Amerika hat sich in neuerer Zeit bis tief in den Westen hinein ausgedehnt und doch den englischen auf manchen Gebieten bereits überflügelt, besonders in Chemikalien, Glas- und Thonwaren, also gerade in solchen Gegenständen, die jetzt der erhöhten Bevölkerung mit unterliegen sollen. Auch die Textilwarenbranchen sieht sich auf's Neue in ihrer fortsetzenden Entwicklung bedroht. Zu den durch den neuen Tarif in Wirklichkeit gezeigten Wirtschaftszweigen ordnet sich das Weiteren die deutsche Industrie. Die künftigen Buderländer der Vereinigten Staaten sollen so eingerichtet sein, daß eine unterschiedliche Behandlung gegenüber den Prämiten zahlenden Ländern für Buderländer eintrete, während der Rodezunder von dem Differentialzoll gar nicht betroffen wird. Die Höhe des zu erhebenden Zolls soll der Höhe der im Innland gezahlten Bedürfnisse gleich sein. Diese Maßregel würde den Erfolg haben, daß sich Amerika ausdrücklich mit Kolonialstaaten verbinden und dann bliebe von dem Rodezunder soviel unverkauft, daß nach der Meinung der Fachkreise ein ungeheurenes Preisstück auf dem Weltmarkt entstehen würde. Die konervative Fraktion des Reichstags hat den bürgerlichen Interessen entschieden gefangen, das amerikanische Vorgehen im Wege der Internationalität zu belasten und dabei die Frage aufzuwerfen, ob Deutschland mit Hammesgeduld an dem vertragsmäßigen Grunde gegenüber Amerika fortzubleben solle, während die Amerikaner uns gegenüber "ne radikallose Politik der reichen Hand treiben".

Es ist wohl begreiflich, daß diese fortwährenden Beunruhigungen des Verkehrs bei uns eben so wohl wie bei den übrigen europäischen Handelsmächten eine merliche Verschärfung gegen die Amerikaner erzeugen. Max Nordau meint sogar, ein Westeuropa, das nicht mehr nach Amerika verlaufen und dessen Wohlstand nicht länger über den Ozean abfließen könne, müsse notwendig eine immer steigende Spannung in sich aussammeln. Diese werde dann früher oder später einen Ausbruch suchen, und zwar in der Richtung eines — europäischen Koalitionskriegs gegen Amerika, zu dem irgend eine Anwendung der Monroe-Doktrin durch die Amerikaner den Vorwand bieten möge. Soweit sind wir nun zwar einstweilen noch lange nicht. Statt dessen haben wir aber ein anderes sehr wirksames Mittel, um Amerika zunächst von uns allein aus einen Gegensatz zu vertreten, da Amerika zur Zeit des deutschen Marktes noch keineswegs entzogen kann. Im Gegenbeit, zunächst haben die Amerikaner uns noch weit nüchtern als wir sie, und wir sind daher sehr wohl im Stande, ihnen die Daumen füchtig auf die Augen zu drücken, wenn sie uns infolge einer feindseligen Wirtschaftspolitik keine andere Wahl lassen. Wir beziehen aus Amerika verschiedene Gegenstände, die wir sehr wohl entbehren können, als da sind Baumwolle, Petroleum, Butter, Käse, Brausegurte und Fleischwaren, für die wir gleichwohl als Hauptabnehmer des amerikanischen Marktes fungieren. Die Reichsregierung möchte doch einmal versuchen, wie eine diplomatische Verständigung, daß im Huile der Einführung rigoroser Schutzzölle in Amerika deutscherseits ebenso gegen die bezeichneten amerikanischen Einheitsartikel vorgegangen würde, in Washington wünscht.

Eine weitere schwange Kontinentale Politik wird freilich schon heute in den amerikanischen Verhältnissen die Ansätze zu einer Entwicklung erkennen, deren europäischer Charakter auf die ganze eine gemeinsame Abwehr der europäischen Staaten erfordert, und insbesondere steht allerdings in den vorgedachten Ausführungen Nordaus' trotz ihres secessionistischen Übertriebungen ein berechtigter Kern, auf den auch bei den Blechtaugsdebatten über die deutsche Handelspolitik im Februar d. J. Bezug genommen wurde. Es war der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hanemann, der bei der erwähnten Gelegenheit erklärte: "Es ist vom Regierungsrat unter Zustimmung vieler Mitglieder des Hauses darauf hingewiesen worden, daß die Handelsverhältnisse des nächsten Jahrhunderts auf dem ganzen Erdkreis sich anders gestalten werden. Die Vereinigten Staaten machen den amerikanischen Kontinent allmählich zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet. Wenn wir das klar vorstellen, so müssen in nicht zu ferner Zeit die europäischen Staaten dazu übergehen, enger aneinander anzuknüpfen, als es zur Zeit der Fall ist." Manchem mag diese Möglichkeit heute noch als so fernabliegend erscheinen, daß er sie überhaupt für nicht diskutabel hält. Der Zweig der überwinstimmenden wirtschaftlichen Interessen der europäischen Völker ist aber nicht minder groß als das politische Gleichgewichtsbedürfnis, daß eine wenn auch zunächst holperig, so doch immerhin gemeinsame Behandlung der orientalischen Krone in's Leben gerufen hat. Beharrt Amerika bei seinen zollpolitischen Drangaltritten Europas, so darf man, wenn überwagt ein Schluß von Lehrlingen auf Lehrlingen bestreitet ist, mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten, daß die den Dingen innenwohnende Volk auch eine europäische Wirtschaftspolitik gegenüber Amerika zu Stande bringen werde.

Amerikabund und Amerikabund-Bericht vom 7. April.

* Berlin. Staatssekretär v. Stephan, der Abends noch bei Besinnung war, verschob Mittwoch 12½ Uhr sonst ohne Zobeklampf.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Voigt macht Wirtschaftsfrage von dem Ableben des Abgeordneten Koepf-Wiesbaden. Das Haus ebt sein Unbenken durch Erheben von den Blättern. Der Bertrag mit der Schweiz betreffend Errichtung schweizerischer Nebenpostämter auf badischem Gebiete wird in dritter Abstimmung genehmigt. Es folgt die dritte Abstimmung des Handelsgesetzbuchs. — Abg. Bachem (Centr.) beantragt, daß gesammelte Handelsgefechte in der Fassung der zweiten Abstimmung an den Anfang angezogen werden. — Abg. Weil (Freil. Volksd.): Seine Freunde hoffen zwar noch wie vor halb Bedenken gegen § 73, die Konkurrenzsteuer betreffend, wollten aber den Anfang annehmen. — Hierauf erfolgt ohne weitere Debatte die Abstimmung der Vorlage. — Zur Beratung stehen ab wann noch einige Resolutionen. Die Kommission beantragt zunächst eine Resolution betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Handlungsbürgern bez. Vertrüngens kannmannische Schiedsgerichte einzurichten seien. Die Resolution wird widerstreitlos angenommen, ebenso die zweite von der Kommission beantragte Resolution betreffend Erlass von Bestimmungen über das Verfahren bei Aufstellung in dem noch zu erlassenden Gesetz über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. — Weiter beantragen Diez und Genossen eine Resolution betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs erstmals zur Regelung der Arbeitszeit für die Handelsgefechte und Bediengänge und zweitens bezüglich Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf das Handelsgewerbe unter Anstellung besonderer Handelsinspektoren. Endlich liegt noch eine Resolution vor betreffend Ausdehnung der Gewerbeordnungsbestimmungen zu den §§ 12a, 12b und 12c bis 130 auf das Handelsgewerbe unter weidentüchtigter Anpassung an die Bedürfnisse des letzteren. — Abg. Diez (Soz.) befürwortet seine Resolutionen, deren erste namentlich die Beschäftigung der im Handelsgewerbe Angestellten in der Zeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens im Allgemeinen ausgeschlossen wissen will. Redner schlägt eingehend die übermäßige Arbeitszeit, welche den Ange-

stellten im Handelsgewerbe zugemutet werde. — Abg. v. Hartling (Centr.) begründet seine Resolution, die nichts anderes sei als eine Parallel-Aktion zu den Diez'schen. In der Richtung des Arbeitszeitwesens müsse auch beim Handelsgewerbe noch weiter grangiert werden, namentlich im Hinblick auf die übermäßige Arbeitszeit in den Ladenbetrieben. Nachgerade sei es ein allgemein bekannter Grund, daß der Staat überall da eingreifen dürfe, wo es sich handele um leibliche und geistige Gesundheit, um reihiges Leben. Sein Antrag gebe weiter als der des Abg. Diez, indem er sich nicht allein auf die Arbeitszeit beziehe, sondern auch Arbeitsordnungen verlange, sowie Schutzbefreiungen zu Gunsten der jugendlichen und weiblichen Gefilzte und Lehrlinge. Man möge nicht mit dem Einwurf kommen, der Antrag schade dem Mittelstande. So lebt seine Partei für den Mittelstand eintritt, so wolle sie doch auch keine Schwächung der im Mittelstande tätigen Personen. — Ministerialdirektor v. Woedtke: Der Antrag Hartling ist schon von den verbündeten Regierungen überholt, denn es sind bereits Erhebungen eingeleitet worden, insoweit die Schutzbefreiungen der Gewerbeordnung etwa auf das Handelsgewerbe ausgedehnt seien. Es ist auch bereits vorgegangen worden mit Vorschlägen über den Achselb-Ladenabschluß. Gerade diese sind aber auf viel Widerspruch gestoßen. Der Reichskanzler hat daher diese Frage nochmals dem preußischen Staatsministerium vorgelegt, und dieses hat seine Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen. Je nach den Ergebnissen dieser Verhandlungen wird der Reichskanzler eventuell nicht ziehen, einzutreten. Der Antrag Diez geht in seinem ersten Theile doch wohl zu weit, indem er bereits positive Auordnungen fordert, ehe noch die Verhandlungen und Erörterungen abgeschlossen sind. — Dr. v. Frey (Centr.) erklärt, die Konkordatverträge stimmen dem zu, daß Handlungen in der Richtung der Resolution Hartling ange stellt werden, wie das unter § 17 in dieser Resolution verlangt werde. Der lit. B. welche bereits die Vorlegung eines bezüglichen Gesetzentwurfs wünschte, würden seine Freunde dagegen nicht stimmen, ebensoviel dem Antrage Diez. — Abg. Voelkmann (nat.-lib.) erklärt, auch den Nationalliberalen gebe der Antrag Diez zu weit, und am Antrage Hartling sei ihnen ebenfalls nur lit. A annehmbar. — Abg. Benzmann (Freil. Volksd.): Stimmt Namens seiner Partei der Resolution Hartling zu, denn die Wirkung in Bezug auf die Arbeitszeit im Handelsgewerbe hätten sich schon durch die Erhebungen der arbeitsstatistischen Enquete-Kommission als sehr erheblich herausgestellt. — Abg. Kampf (Reichsp.): hält die Resolution für überflüssig. Man solle ruhig die Ergebnisse der vom Ministerialdirektor v. Woedtke erwirkten Erörterungen abwarten, höchstens könne man sich auf die Annahme der Nr. A der Resolution Hartling beziehen. — Abg. Stoetze (lib.) spricht sich gegen die Resolution Diez aus, die zu schematisch sei, dagegen für die Hartling'sche. — Nachdem noch Abg. Hesse (Centr.) für die Resolution Hartling eingetreten, wird diese in ihrem Theil A, "Erörterungen", fast einstimmig, dagegen in ihrem Theil B, "Vorlegung eines Gesetzentwurfs", mit schwacher Mehrheit angenommen. — Die Resolution Diez wird abgelehnt. — Nächste Sitzung Dienstag den 27. April: Nachtragsetat und Beamten-Reisen-Novelle.

Berlin. Wie aus Friedrichshain gemeldet wird, ist die Belebung in dem Verbinden des Fürsten Bismarck anhaltend und schreitet ehrenhalber fort. — Graf Waldersee, der an Influenza erkrankt und an das Bett gefesselt war, ist völlig wiederhergestellt. — Die "Kreuzzeitung" schreibt bezüglich des gestrigen Beschlusses der Reichstagskommission für die Handwerker-Organisations-Vorlage: Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß der Antrag Kampf das Komromiß der verbündeten Regierungen nicht erachtet wird. — Die Budgetkommission beschloß heute auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Hulda, in der Tarifklasse V des Wohnungsgeldzuschusses eine neue Klasse 2a bei der Post- und Telegraphenverwaltung einzuführen. Dann wurde die Weiterberatung bis nach dem Osterferien verlegt. — Die Beratungen zwischen der Regierung und den Vertretern des Reichstagsvertretern in Bezug der Unfallversicherungsnovelle haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Regierung wird nach den Sicherheiten eine kritische Formulierung ihrer Vorlage für die Punkte unterbreiten, für die sie eine Verständigung herbeiführen zu können glaubt. — Wie aus Warschau gemeldet wird, wird die gesamte kritische Korrespondenz, welche aus dem Auslande kommt, auf der Post streng kontrolliert und jeder im Gestigkeit verdecktige Brief geöffnet und gelesen. Die "Post" erklärt, daß diese Verschärfung wegen verschiedener Kurzfristen, wie z. B. Von den polnischen Müttern und ähnlichen, welche aus dem Auslande nach dem Königreich Polen eingewandert werden, eingeführt werden ist. — Gegenüber einer Auskunft der "Times" in Bezug auf die Kurzfrist-Angelegenheit schreibt die "Post": Dr. Gruen ist von der Regierung mit einer Expedition beauftragt worden, zu der u. A. zur Förderung wissenschaftlicher Interessen die Deutsche Polizeigesellschaft freiwillige Beiträge geleistet hat. Dr. Gruen führte aber auf diesen Erwähnungen Vollmachten des Kaisers mit, auf Grund deren er mit einer Reihe von kleinen Verträgen abschlossen hat, so u. A. auch in Gaudu. Deutscherseits ist niemals ein Zweck darüber gelassen worden, daß man seit entschlossen sei, diese Verträge uneracht zu erhalten. Das ist auch Frankreich und England ähnlich fundgegeben worden.

Berlin. Für die ihm zu seinem Geburtstage zugezogeneen Glückswünsche bringt Bismarck in den "Dampf. Nachr." folgende Schreiben zur Veröffentlichung: "Meine Freunde im Deutschen Reich und im Auslande haben mich auch in diesem Jahre zu meinem Geburtstage soreich durch Grußschreiben geehrt, daß es mir zu meinem Bedenken nach Möglichkeit besonders zu danken. Ich bitte deshalb alle, die meinen am 1. April d. J. freundlich gedacht haben, meinen herzlichen Dank für den neuen Beweis ihres Wohlwollens durch diese Veröffentlichung entgegenzunehmen.

Böln. Nach einer Bekanntmachung der Regierung ist an Stelle des Regierungsschlosses Freiherr v. Uslar-Gleichen, welcher von der Stellvertretung des verbliebenen Landrats entbunden wurde, der Siegergratius Hammann berufen worden.

Gotha. In der heutigen Sitzung des gemeindlichen Landtags wurde ein Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts abgelehnt.

Dresdner Blätter für Politik, Geschichte, Naturwissenschaften, Technik, Kunst, Literatur, Theater, Musik, Sport, Zeitungswissenschaft.

Preis: 75.